

# **JAHRESABSCHLUSS**

zum 31. Dezember 2021

**NEAG Norddeutsche Energie Invest 2 GmbH**

Am Kaiserkai 69

20457 Hamburg

Finanzamt: Rostock  
Steuer-Nr.: 079/133/10262

## Inhaltsverzeichnis

|  |    |
|--|----|
| <b>A. Auftrag und Auftragsdurchführung</b>                                     | 2  |
| <b>B. Rechtliche und steuerliche Verhältnisse</b>                              | 4  |
| <br>   |    |
| <b>Bilanz zum 31. Dezember 2021</b>  | 6  |
| <b>Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2021 bis 31.12.2021</b>  | 7  |
| <b>Angaben unter der Bilanz</b>  | 8  |
| <b>Anlagen</b>   |    |
| <b>Kontennachweis zur Bilanz zum 31. Dezember 2021</b>                         | 9  |
| <b>Kontennachweis zur GuV für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021</b> | 12 |
| <b>Allgemeine Auftragsbedingungen</b>  | 13 |

NEAG Norddeutsche Energie Invest 2 GmbH, 20457 Hamburg

---

## **A. Auftrag und Auftragsdurchführung**

Die Geschäftsführung der

**NEAG Norddeutsche Energie Invest 2 GmbH,**

- nachfolgend auch kurz "Auftraggeber" genannt -

hat uns beauftragt, den Jahresabschluss zum 31.12.2021 bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung unter Beachtung der deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften und der ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages aus den vorgelegten Belegen, Büchern und Bestandsnachweisen, die wir auftragsgemäß nicht geprüft haben, unter Berücksichtigung der erteilten Auskünfte nach gesetzlichen Vorgaben und nach den innerhalb dieses Rahmens liegenden Anweisungen des Auftraggebers zur Ausübung bestehender Wahlrechte zu entwickeln.

Die Pflicht zur Aufstellung des Jahresabschlusses oblag der uns mit dessen Erstellung beauftragenden gesetzlichen Vertretung der Gesellschaft, die über die Ausübung aller mit der Aufstellung verbundenen Gestaltungsmöglichkeiten und Rechtsakte zu entscheiden hatte.

### **Auftragsdurchführung**

Wir haben den Jahresabschluss zum 31.12.2021 unter Beachtung der deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften und der ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages aus den vorgelegten Belegen, Büchern und Bestandsnachweisen, die wir auftragsgemäß nicht geprüft haben, unter Berücksichtigung der erteilten Auskünfte nach gesetzlichen Vorgaben und nach den innerhalb dieses Rahmens liegenden Anweisungen des Auftraggebers zur Ausübung bestehender Wahlrechte erstellt.

Den Auftrag haben wir mit Unterbrechungen in den Monaten Juli bis September 2022 in unseren Geschäftsräumen durchgeführt.

Die Erstellung des Jahresabschlusses umfasst unabhängig von der Art unseres Auftrags die Tätigkeiten, die erforderlich sind, um auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der eingeholten Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden unter Vornahme der Abschlussbuchungen die gesetzlich vorgeschriebene Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung und weitere Abschlussbestandteile zu erstellen.

Nicht zur Erstellung des Jahresabschlusses gehören die erforderlichen Entscheidungen über die Ausübung materieller und formeller Gestaltungsmöglichkeiten (Ansatz-, Bewertungs- und Ausweishwahlrechte, sowie Ermessensentscheidungen). Bestehende Gestaltungsmöglichkeiten wurden von uns im Rahmen der Erstellung nach den Vorgaben des Auftraggebers ausgeübt.

Entsprechendes gilt für Entscheidungen über die Anwendung von Aufstellungs- und Offenlegungserleichterungen des Jahresabschlusses für Kleinstkapitalgesellschaften & Co. Über die gesetzlichen Fristen zur Aufstellung, Feststellung und Hinterlegung des Jahresabschlusses haben wir unseren Auftraggeber darüber hinaus aufgeklärt.

Unser Auftrag zur Erstellung des Jahresabschlusses umfasste keine über die Auftragsart hinausgehenden Tätigkeiten und damit auch keine erweiterten Verantwortlichkeiten. Ebenso nicht Bestandteil unseres Auftrags war die Prüfung des Vorliegens von Insolvenzgründen.

Im Rahmen des erteilten Auftrags haben wir die gesetzlichen Vorschriften für die Aufstellung von Jahresabschlüssen sowie die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung beachtet.

### **Vollständigkeitserklärung**

Alle erforderlichen Unterlagen wurden uns zur Verfügung gestellt. Die erbetenen Auskünfte wurden uns bereitwillig erteilt.

Die Geschäftsführung hat uns in einer berufsüblichen Vollständigkeitserklärung, die keinen Ersatz für Erstellungshandlungen und für auftragsabhängig durchzuführende Beurteilungen der Ordnungsmäßigkeit der zu Grunde gelegten Unterlagen darstellt, schriftlich bestätigt, dass in Buchführung und Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind.

### **Allgemeine Auftragsbedingungen**

Für die Durchführung unseres Auftrags und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die diesem Bericht als Anlage beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen (Stand vom 01.03.2019) maßgebend.

Unsere Auftragsvereinbarungen sehen vor, dass eine Bezugnahme auf die Erstellung durch uns nur in Verbindung mit dem vollständigen von uns erstellten Jahresabschluss erfolgen darf.

Der Jahresabschluss wurde erstellt durch:

Rechtsanwälte Lichtblau  
Markt 25  
17489 Greifswald

NEAG Norddeutsche Energie Invest 2 GmbH, 20457 Hamburg

---

## B. Rechtliche und steuerliche Verhältnisse

### Rechtliche Verhältnisse

|                             |   |
|-----------------------------|---|
| Gesellschaft                | NEAG Norddeutsche Energie Invest 2 GmbH   |
| Anschrift                   | Am Kaiserkai 69, 20457 Hamburg  |
| Rechtsform                  | GmbH  |
| Gesellschaftsvertrag        | vom 22.12.2016  |
| Gegenstand des Unternehmens | Investierung, Halten und Verwalten von Beteiligungen an erneuerbaren Energievorhaben und des eigenen Vermögens sowie die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin oder geschäftsführende Gesellschafterin |
| Geschäftsjahr               | 1. Januar bis 31. Dezember 2021   |
| Handelsregister             | Hamburg, HRB 145646   |
| Gründungsdatum              | 21.03.2017  |
| Stammkapital                | 25.000,00 EUR; zur Hälfte eingezahlt  |
| Gesellschafter              | NEAG Norddeutsche Energie AG<br>mit Geschäftsanteilen von 25.000,00 EUR   |
| Geschäftsführung            | Die Geschäftsführung erfolgt durch Herrn Martin Krankemann.<br>Der Geschäftsführer ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.  |
| Ort der Geschäftsleitung    | Rostock   |

### Steuerliche Verhältnisse

|                    |   |
|--------------------|---|
| Finanzamt          | Rostock   |
| Steuernummer       | 079/133/10262   |
| Körperschaftsteuer | Die Gesellschaft unterliegt gemäß § 1 Abs. 1 KStG der Körperschaftsteuer                      |
| Umsatzsteuer       | Bei der Gesellschaft handelt es sich nicht um eine Unternehmerin im Sinne des § 2 Abs. 1 UStG |
| Gewerbsteuer       | Die Gesellschaft unterliegt nach § 2 Abs. 2 GewStG der Gewerbesteuer                          |
| Steuerveranlagung  | Steuererklärungen wurden bis 2017 eingereicht   |

### Feststellungen zu den Grundlagen des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 wurde aus dem Vorjahresabschluss, den Geschäftsbüchern des Berichtsjahres, den Bilanzinventaren sowie den sonstigen Bilanzunterlagen, mit Hilfe einer Hauptschlussübersicht, ordnungsgemäß entwickelt.

Der Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2020 wurde am 15.12.2021 festgestellt.

Das Unternehmen weist für das Jahr 2021 einen Jahresüberschuss in Höhe von EUR 178.691,89 aus.

Über die Ergebnisverwendung wird die Gesellschafterversammlung abschließend entscheiden.

**BILANZ** zum 31. Dezember 2021

NEAG Norddeutsche Energie Invest 2 GmbH, 20457 Hamburg

## AKTIVA

## PASSIVA

|                                      | Geschäftsjahr<br>EUR | Vorjahr<br>EUR      |  | Geschäftsjahr<br>EUR | Vorjahr<br>EUR      |
|--------------------------------------|----------------------|---------------------|--|----------------------|---------------------|
| <b>A. Anlagevermögen</b>             | 8.549.769,97         | 5.524.663,40        | <b>A. Eigenkapital</b>   | 365.640,75           | 186.948,86          |
| <b>B. Umlaufvermögen</b>             | 12.522,02            | 21.146,52           | <b>B. Rückstellungen</b>   | 226.565,85           | 193.936,01          |
| <b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b> | 109,48               | 109,48              | <b>C. Verbindlichkeiten</b>  | 7.970.194,87         | 5.165.034,53        |
|                                      |                      |                     | - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem<br>Jahr EUR 385.837,21 (EUR 295.616,25)              |                      |                     |
|                                      |                      |                     | - davon mit einer Restlaufzeit von mehr als<br>einem Jahr EUR 7.584.357,66<br>(EUR 4.869.418,28) |                      |                     |
|                                      | <b>8.562.401,47</b>  | <b>5.545.919,40</b> |  | <b>8.562.401,47</b>  | <b>5.545.919,40</b> |

NEAG Norddeutsche Energie Invest 2 GmbH, 20457 Hamburg

---

|                            | Geschäftsjahr<br>EUR     | Vorjahr<br>EUR           |
|----------------------------|--------------------------|--------------------------|
| 1. Sonstige Erträge        | 305.167,19               | 271.609,74               |
| 2. Sonstige Aufwendungen   | 92.692,35                | 99.598,24                |
| 3. Steuern                 | 33.782,95                | 37.693,36                |
| <b>4. Jahresüberschuss</b> | <b><u>178.691,89</u></b> | <b><u>134.318,14</u></b> |



NEAG Norddeutsche Energie Invest 2 GmbH, 20457 Hamburg

---

### **Angaben unter der Bilanz**

#### **Haftungsverhältnisse aus nicht bilanzierten Verbindlichkeiten gemäß § 251 HGB**

Am Abschlussstichtag bestanden keine Haftungsverhältnisse.

#### **Unterschrift der Geschäftsführung**

Rostock, 22.09.2022

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Klaus Lorenz', written in black ink over a horizontal line.

---

Ort, Datum

Unterschrift

NEAG Norddeutsche Energie Invest 2 GmbH, 20457 Hamburg

## AKTIVA

| Konto                             | Bezeichnung                             | EUR                 | Geschäftsjahr<br>EUR       | Vorjahr<br>EUR             |
|-----------------------------------|---|---------------------|----------------------------|----------------------------|
| <b>Anlagevermögen</b>             |   |                     |                            |                            |
| 501                               | Anteile an verbundenen Unternehmen      | 5.529.663,40        |                            | 5.524.663,40               |
| 506                               | Ausleihungen an verbundene UN,<br>PersG | <u>3.020.106,57</u> | 8.549.769,97               | 0,00                       |
| <b>Umlaufvermögen</b>             |   |                     |                            |                            |
| 1210                              | lfd. Konto CoBa 113067300               |                     | 12.522,02                  | 21.146,52                  |
| <b>Rechnungsabgrenzungsposten</b> |   |                     |                            |                            |
| 980                               | Aktive Rechnungsabgrenzung              |                     | 109,48                     | 109,48                     |
|                                   |   |                     | <u><b>8.562.401,47</b></u> | <u><b>5.545.919,40</b></u> |

## PASSIVA

| Konto   | Bezeichnung                              | EUR               | Geschäftsjahr<br>EUR | Vorjahr<br>EUR |
|---|--|-------------------|----------------------|----------------|
| <b>Eigenkapital</b>   |  |                   |                      |                |
| 800   | Gezeichnetes Kapital                     | 25.000,00         |                      | 25.000,00      |
| 820   | Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete |                   |                      |                |
|   | nete                                     | 12.500,00-        |                      | 12.500,00-     |
| 860   | Gewinnvortrag vor Verwendung             | 512.226,51        |                      | 377.908,37     |
| 868   | Verlustvortrag vor Verwendung            | 337.777,65-       |                      | 337.777,65-    |
|   | Jahresüberschuss                         | <u>178.691,89</u> | 365.640,75           | 134.318,14     |
| <b>Rückstellungen</b>   |  |                   |                      |                |
| 955   | Steuerrückstellungen                     | 3.185,98          |                      | 1.424,78       |
| 956   | Gewerbesteuerrückstellung § 4 (5b) EStG  | 10.363,50         |                      | 10.363,50      |
| 963   | Körperschaftsteuerrückstellung           | 197.047,83        |                      | 165.026,08     |
| 977   | Rückstellungen für Abschluss- und Prüfun | <u>15.968,54</u>  | 226.565,85           | 17.121,65      |
| <b>Verbindlichkeiten</b>  |  |                   |                      |                |
| 700   | Verbindlichk. Darlehenszinsen            | 372.001,99        |                      | 293.889,74     |
| 710   | Verbindlichkeiten ggü. VUN mit RLZ > 5 J | 2.097.193,73      |                      | 2.097.193,73   |
| 711   | Gesellschafterdarlehen Silmersdorf       | 2.367.057,36      |                      | 2.672.224,55   |
| 712   | Upstream Darlehen Silmersdorf            | 100.000,00        |                      | 100.000,00     |
| 1600  | Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Le | 6.741,35          |                      | 0,00           |
| 1701  | Sonstige Verbindlichkeiten (bis 1 J)     | 5.000,00          |                      | 0,00           |
| 1702  | Sonstige Verbindlichkeiten mit einer Res | 3.020.106,57      |                      | 0,00           |
| 1791  | Umsatzsteuer frühere Jahre               | <u>823,07</u>     |                      | <u>238,95</u>  |
|   |  | 7.968.924,07      |                      | 5.163.546,97   |
| 1780  | Umsatzsteuervorauszahlungen              | 285,57            |                      | 0,00           |
| 1789  | Umsatzsteuer laufendes Jahr              | 0,00              |                      | 903,44         |
| 1790  | Umsatzsteuer Vorjahr                     | <u>985,23</u>     |                      | <u>584,12</u>  |
|   |  | 1.270,80          |                      | 1.487,56       |
|   |  |                   | 7.970.194,87         | 5.165.034,53   |
| <b>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 385.837,21 (EUR 295.616,25)</b> |  |                   |                      |                |
| 700   | Verbindlichk. Darlehenszinsen            |                   |                      |                |
| 1600  | Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Le |                   |                      |                |
| 1701  | Sonstige Verbindlichkeiten (bis 1 J)     |                   |                      |                |
| 1791  | Umsatzsteuer frühere Jahre               |                   |                      |                |
| 1780  | Umsatzsteuervorauszahlungen              |                   |                      |                |
| 1789  | Umsatzsteuer laufendes Jahr              |                   |                      |                |
| 1790  | Umsatzsteuer Vorjahr                     |                   |                      |                |
| Übertrag  |  |                   | 8.562.401,47         | 5.545.919,40   |

NEAG Norddeutsche Energie Invest 2 GmbH, 20457 Hamburg

## PASSIVA

| Konto    | Bezeichnung   | EUR | Geschäftsjahr<br>EUR | Vorjahr<br>EUR      |
|----------|---|-----|----------------------|---------------------|
| Übertrag |   |     | 8.562.401,47         | 5.545.919,40        |
|          | <b>davon mit einer Restlaufzeit von<br/>mehr als einem Jahr<br/>EUR 7.584.357,66<br/>(EUR 4.869.418,28)</b> |     |                      |                     |
| 710      | Verbindlichkeiten ggü. VUN mit RLZ ><br>5 J   |     |                      |                     |
| 711      | Gesellschafterdarlehen Silmersdorf  |     |                      |                     |
| 712      | Upstream Darlehen Silmersdorf   |     |                      |                     |
| 1702     | Sonstige Verbindlichkeiten mit einer<br>Res   |     |                      |                     |
|          |   |     | <u>8.562.401,47</u>  | <u>5.545.919,40</u> |

NEAG Norddeutsche Energie Invest 2 GmbH, 20457 Hamburg

| Konto                        | Bezeichnung                               | EUR          | Geschäftsjahr<br>EUR     | Vorjahr<br>EUR           |
|------------------------------|---|--------------|--------------------------|--------------------------|
| <b>Sonstige Erträge</b>      |   |              |                          |                          |
| 2623                         | Erträge aus Anteilen an Personengesellsch | 305.167,19   |                          | 192.134,51               |
| 2735                         | Erträge aus der Auflösung von Rückstellu  | 0,00         |                          | 4.393,50                 |
| 2736                         | Erträge Herabsetzung Verbindlichkeit      | <u>0,00</u>  | 305.167,19               | 75.081,73                |
| <b>Sonstige Aufwendungen</b> |   |              |                          |                          |
| 2020                         | Periodenfremde Aufwendungen               | 0,00         |                          | 668,85                   |
| 2103                         | Steuerlich abzugsfähige, andere Nebenlei  | 0,00         |                          | 3,50                     |
| 2104                         | Nicht abzugsfäh.and.Nebenleist.z.Steuern  | 0,00         |                          | 689,00                   |
| 2129                         | Zinsaufw. für lfr. Verbindlichk.verb.UN   | 78.112,25    |                          | 82.529,07                |
| 2308                         | Sonst. nicht abziehbare Aufwendungen      | 1.003,50     |                          | 0,00                     |
| 4210                         | Miete, unbewegliche Wirtschaftsgüter      | 1.313,76     |                          | 1.481,20                 |
| 4380                         | Beiträge                                  | 95,00        |                          | 95,00                    |
| 4950                         | Rechts- und Beratungskosten               | 0,00         |                          | 290,32                   |
| 4957                         | Abschluss- und Prüfungskosten             | 11.538,24    |                          | 12.715,15                |
| 4970                         | Nebenkosten des Geldverkehrs              | 558,20       |                          | 877,65                   |
| 4997                         | Verwaltungskosten                         | <u>71,40</u> | 92.692,35                | 248,50                   |
| <b>Steuern</b>               |   |              |                          |                          |
| 2200                         | Körperschaftsteuer                        | 32.021,75    |                          | 25.905,08                |
| 2208                         | Solidaritätszuschlag                      | 1.761,20     |                          | 1.424,78                 |
| 4320                         | Gewerbesteuer                             | <u>0,00</u>  | 33.782,95                | 10.363,50                |
| <b>Jahresüberschuss</b>      |   |              | <b><u>178.691,89</u></b> | <b><u>134.318,14</u></b> |

## Allgemeine Auftragsbedingungen

(Stand 01.03.2019)

Die folgenden „Allgemeinen Auftragsbedingungen“ gelten für Verträge zwischen steuerberatend tätig werdenden Rechtsanwälten (im Folgenden „Auftragnehmer“ genannt) und ihren Auftraggebern, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

### § 1 Umfang und Ausführung des Auftrags

- (1) Für den Umfang der vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen ist der erteilte Auftrag maßgebend.
- (2) Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung ausgeführt.
- (3) Dem Auftragnehmer sind die benötigten Unterlagen und Aufklärungen vollständig zu geben. Der Auftragnehmer wird die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig zugrunde legen. Soweit er Unrichtigkeiten feststellt, ist er verpflichtet, darauf hinzuweisen. Die Prüfung der Richtigkeit, Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit der übergebenen Unterlagen und Zahlen, insbesondere der Buchführung und Bilanz, gehört nur zum Auftrag, wenn dies schriftlich vereinbart ist.
- (4) Der Auftrag stellt keine Vollmacht für die Vertretung vor Behörden, Gerichten und sonstigen Stellen dar. Sie ist gesondert zu erteilen. Ist wegen der Abwesenheit des Auftraggebers eine Abstimmung mit diesem über die Einlegung von Rechtsbehelfen oder Rechtsmitteln nicht möglich, ist der Auftragnehmer im Zweifel zu fristwahrenden Handlungen berechtigt.

### § 2 Verschwiegenheitspflicht

- (1) Der Auftragnehmer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit der Ausführung des Auftrags zur Kenntnis gelangen, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn schriftlich von dieser Verpflichtung entbindet. Die Verschwiegenheitspflicht besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort.
- (2) Die Verschwiegenheitspflicht besteht im gleichen Umfang auch für die Mitarbeiter des Auftragnehmers.
- (3) Die Verschwiegenheitspflicht besteht nicht, soweit die Offenlegung zur Wahrung berechtigter Interessen des Auftragnehmers erforderlich ist. Der Auftragnehmer ist auch insoweit von der Verschwiegenheitspflicht entbunden, als er nach den Versicherungsbedingungen seiner Berufshaftpflichtversicherung zur Information und Mitwirkung verpflichtet ist.
- (4) Gesetzliche Auskunfts- und Aussageverweigerungsrechte nach § 102 AO, § 53 StPO, § 383 ZPO bleiben unberührt.
- (5) Der Auftragnehmer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.
- (6) Der Auftragnehmer ist berechtigt, personenbezogene Daten des Auftraggebers und dessen Mitarbeitern im Rahmen der erteilten Aufträge maschinell zu erheben und in einer automatisierten Datei zu verarbeiten, soweit dies zur Vertragserfüllung notwendig ist. Der Auftragnehmer darf diese Daten einem Dienstleistungsrechenzentrum zur weiteren Auftragsverarbeitung zu übertragen, soweit er dieses im Rahmen eines gesetzlich vorgeschriebenen Auftragsverarbeitungsvertrages auf den Datenschutz verpflichtet hat. Darüber hinaus besteht keine Verschwiegenheitspflicht, soweit dies zur Durchführung eines Zertifizierungsaudits in der Kanzlei des Auftragnehmers erforderlich ist und die insoweit tätigen Personen ihrerseits über ihre Verschwiegenheitspflicht belehrt worden sind. Der Auftraggeber erklärt sich damit einverstanden, dass durch den Zertifizierer/Auditor Einsicht in seine - vom Auftragnehmer abgelegte und geführte – Handakte genommen wird.
- (7) Der Auftragnehmer hat beim Versand bzw. der Übermittlung von Unterlagen, Dokumenten, Arbeitsergebnissen etc. auf Papier oder in elektronischer Form die Verschwiegenheitsverpflichtung zu beachten. Der Auftraggeber stellt seinerseits sicher, dass er als Empfänger ebenfalls alle Sicherungsmaßnahmen beachtet, dass die ihm zugeleiteten Papiere oder Dateien nur den hierfür zuständigen Stellen zugehen. Dies gilt insbesondere auch für den Fax- und E-Mail-Verkehr. Zum Schutz der überlassenen Dokumente und Dateien sind die entsprechenden technischen und organisatorischen Maßnahmen zu treffen. Sollten besondere über das normale Maß hinausgehende Vorkehrungen getroffen werden müssen, so ist eine entsprechende schriftliche Vereinbarung über die Beachtung zusätzlicher, sicherheitsrelevanter Maßnahmen zu treffen, insbesondere ob im E-Mail-Verkehr eine Verschlüsselung vorgenommen werden muss. Der Auftragnehmer ist nicht verpflichtet, den Mandanten auf derartige Risiken hinzuweisen und Lösungen anzubieten.

### § 3 Mitwirkung Dritter

- (1) Der Auftragnehmer ist berechtigt, zur Ausführung des Auftrags Mitarbeiter, fachkundige Dritte sowie datenverarbeitende Unternehmen heranzuziehen.
- (2) Bei der Heranziehung von fachkundigen Dritten und datenverarbeitenden Unternehmen hat der Auftragnehmer dafür zu sorgen, dass diese sich zur Verschwiegenheit entsprechend § 2 Abs. 1 verpflichten.
- (3) Der Auftragnehmer ist berechtigt, allgemeinen Vertretern (§ 69 StBerG) sowie Praxistreuhandern (§ 71 StBerG) im Falle ihrer Bestellung Einsichtnahme in die Handakten i.S.d. § 66 Abs. 2 StBerG zu verschaffen.
- (4) Der Auftragnehmer ist berechtigt, in Erfüllung seiner gesetzlichen Pflichten, einen Beauftragten für den Datenschutz zu bestellen. Sofern der Beauftragte für den Datenschutz nicht bereits nach § 2 Abs.2 der Verschwiegenheitspflicht unterliegt, hat der Steuerberater dafür Sorge zu tragen, dass der Beauftragte für den Datenschutz sich mit Aufnahme seiner Tätigkeit auf das Datengeheimnis verpflichtet.

### § 4 Mängelbeseitigung

- (1) Der Auftraggeber hat Anspruch auf Beseitigung etwaiger Mängel. Dem Auftragnehmer ist Gelegenheit zur Nachbesserung zu geben. Der Nachbesserungswunsch muss unverzüglich nach Kenntniserlangung geltend gemacht werden. Die Mängelbeseitigung kann nur binnen einer angemessenen Frist verlangt werden. Soweit der Mangel durch den Mandanten verursacht wurde, ist der Auftragnehmer berechtigt, die Kosten

NEAG Norddeutsche Energie Invest 2 GmbH, 20457 Hamburg

---

zur Beseitigung der Mängel in angemessenem Umfang in Rechnung zu stellen.

(2) Beseitigt der Auftragnehmer die geltend gemachten Mängel nicht innerhalb einer angemessenen Frist oder lehnt er die Mängelbeseitigung ab, so kann der Auftraggeber auf Kosten des Auftragnehmers die Mängel durch einen geeigneten Dritten beseitigen lassen, bzw. Herabsetzung der Vergütung verlangen.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten (z. B. Schreibfehler, Rechenfehler) können vom Auftragnehmer jederzeit auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Sonstige Mängel darf der Auftragnehmer Dritten gegenüber mit Einwilligung des Auftraggebers berichtigen. Die Einwilligung ist nicht erforderlich, wenn berechnete Interessen des Auftragnehmers den Interessen des Auftraggebers vorgehen.

### § 5 Haftung

(1) Der Auftragnehmer haftet für eigenes sowie für das Verschulden seiner Erfüllungsgehilfen.

(2) Soweit ein Schadensersatzanspruch des Auftraggebers kraft Gesetzes nicht einer kürzeren Verjährungsfrist unterliegt, verjährt er in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist.

(3) Die in den Absätzen 1 und 2 getroffenen Regelungen gelten auch gegenüber anderen Personen als dem Auftraggeber, soweit ausnahmsweise im Einzelfall vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Steuerberater und diesen Personen begründet werden.

(4) Der Anspruch des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer auf Ersatz eines nach Abs. 1 fahrlässig verursachten Schadens wird auf 50.000 EUR (in Worten: fünfzigtausend EUR) begrenzt. Als einzelner Schadensfall ist die Summe der Schadensersatzansprüche aller Anspruchsberechtigten zu verstehen, die sich aus ein und derselben Handlung ergeben, die von demselben Anspruchsberechtigten aus verschiedenen Handlungen gegen den Auftragnehmer oder seine Mitarbeiter getend gemacht werden, soweit ein rechtlicher oder wirtschaftlicher Zusammenhang besteht.

(5) Von der Haftungsbegrenzung ausgenommen sind Haftungsansprüche für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

(6) Soweit im Einzelfall hiervon abgewichen, insbesondere die Haftung auf einen geringeren als den in Abs. 4 genannten Betrag begrenzt werden soll, bedarf es einer schriftlichen Vereinbarung, die gesondert zu erstellen ist und dem Auftraggeber zusammen mit diesen Allgemeinen Auftragsbedingungen bei Vertragsabschluss ausgehändigt werden soll.

(7) Eine Haftung des Auftragnehmers wegen Verletzung oder Nichtbeachtung ausländischen Rechts ist ausgeschlossen. Der Ausschluss gilt nicht im Rahmen eines ausdrücklich übernommenen Auftrages, zu dessen Erledigung die Anwendung des ausländischen Rechts erforderlich und die Haftung des Auftragnehmers auch auf Schäden wegen Verletzung oder Nichtbeachtung ausländischen Rechts ausgedehnt worden ist.

### § 6 Pflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber ist zur Mitwirkung verpflichtet, soweit es zur ordnungsgemäßen Erledigung des Auftrags erforderlich ist. Insbesondere hat er dem Auftragnehmer unaufgefordert alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen vollständig und so rechtzeitig zu übergeben, dass dem Auftragnehmer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht. Entsprechendes gilt für die Unterrichtung über alle Vorgänge und Umstände, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Der Mandant ist verpflichtet, alle schriftlichen und mündlichen Mitteilungen des Auftragnehmers zur Kenntnis zu nehmen und bei Zweifelsfragen Rücksprache zu halten.

(2) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit des Auftragnehmers oder seiner Erfüllungsgehilfen beeinträchtigen könnte.

(3) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Arbeitsergebnisse des Auftragnehmers nur mit dessen schriftlicher Einwilligung weiterzugeben, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

(4) Setzt der Auftragnehmer beim Auftraggeber in dessen Räumen Datenverarbeitungsprogramme ein, so ist der Auftraggeber verpflichtet, den Hinweisen des Steuerberaters zur Installation und Anwendung der Programme nachzukommen. Des Weiteren ist der Auftraggeber verpflichtet und berechtigt, die Programme nur in dem vom Auftragnehmer vorgeschriebenen Umfang zu vervielfältigen. Der Auftraggeber darf die Programme nicht verbreiten. Der Auftragnehmer bleibt Inhaber der Nutzungsrechte. Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was der Ausübung der Nutzungsrechte an den Programmen durch den Auftragnehmer entgegensteht.

### § 7 Unterlassene Mitwirkung und Annahmeverzug des Auftraggebers

Unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach § 6 oder sonstige obliegende Mitwirkung oder kommt er mit der Annahme der vom Auftragnehmer angebotenen Leistung in Verzug, so ist der Auftragnehmer berechtigt, eine angemessene Frist mit der Erklärung zu bestimmen, dass er die Fortsetzung des Vertrags nach Ablauf der Frist ablehnt. Nach erfolglosem Ablauf der Frist darf der Auftragnehmer den Vertrag fristlos kündigen (vgl. Nr. 10 Abs. 3). Unberührt bleibt der Anspruch des Auftragnehmers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Steuerberater von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

### § 8 Datenschutz

(1) Die Vertragspartner werden die jeweils anwendbaren datenschutzrechtlichen Bestimmungen beachten und entsprechend Art. 32 Abs. 4 DSGVO Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass ihnen unterstellte Personen personenbezogene Daten nur auf Anweisung des Verantwortlichen verarbeiten.

(2) Verarbeitet und übermittelt der Auftraggeber personenbezogene Daten an den Auftragnehmer, so steht er dafür ein, dass er dazu nach den anwendbaren, insb. datenschutzrechtlichen Bestimmungen berechtigt ist. Folgt die Berechtigung aus einer Einwilligung des Betroffenen, so stellt der Auftraggeber dem Auftragnehmer den Nachweis der Einwilligung auf Verlangen unverzüglich zur Verfügung. Der Auftraggeber kann mit dem Auftragnehmer Maßnahmen zur Datensicherung vereinbaren und es diesem ermöglichen, sich über die Einhaltung dieser Vereinbarungen zu informieren. Im Falle eines Verstoßes stellt der Auftraggeber den Auftragnehmer von Ansprüchen Dritter frei.

NEAG Norddeutsche Energie Invest 2 GmbH, 20457 Hamburg

---

(3) Sofern die Voraussetzungen einer Auftragsverarbeitung (Art. 28 DSGVO) vorliegen, gelten die folgenden Bestimmungen:

1. Der Auftragnehmer verarbeitet personenbezogene Daten nur auf dokumentierte Weisung des Auftraggebers. Der Auftraggeber ist im Rahmen dieser Auftragsverarbeitung für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen der Datenschutzgesetze, insbesondere für die Rechtmäßigkeit der Datenweitergabe an den Steuerberater, sowie für die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung allein verantwortlich (»Verantwortlicher« im Sinne des Art. 4 Nr. 7 DS-GVO).
2. Den Auftragnehmer treffen im Rahmen der Auftragsverarbeitung die folgenden Pflichten:
  - a. Der Auftragnehmer wird in seinem Verantwortungsbereich die innerbetriebliche Organisation so gestalten, dass sie den besonderen Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird. Er wird technische und organisatorische Maßnahmen zum angemessenen Schutz der Daten des Auftraggebers treffen, die den Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung (Art. 32 DS-GVO) genügen. Der Auftragnehmer hat technische und organisatorische Maßnahmen zu treffen, die die Vertraulichkeit, Integrität, Verfügbarkeit und Belastbarkeit der Systeme und Dienste im Zusammenhang mit der Verarbeitung auf Dauer sicherstellen. Der Auftraggeber trägt die Verantwortung dafür, dass diese für die Risiken der zu verarbeitenden Daten ein angemessenes Schutzniveau bieten. Der Auftragnehmer gewährleistet, ein Verfahren zur regelmäßigen Überprüfung der Wirksamkeit der technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Verarbeitung einzusetzen (Art. 32 Abs. 1 lit. d) DS-GVO).
  - b. Der Auftragnehmer gewährleistet, dass es den mit der Verarbeitung der Daten des Auftraggebers befassten Mitarbeitern und anderen für den Auftragnehmer tätigen Personen untersagt ist, die Daten außerhalb der Weisung zu verarbeiten. Ferner gewährleistet der Auftragnehmer, dass sich die zur Verarbeitung der personenbezogenen Daten befugten Personen zur Vertraulichkeit verpflichtet haben oder einer angemessenen gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen. Die Vertraulichkeits-/ Verschwiegenheitspflicht besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort.
  - c. Der Auftragnehmer nennt dem Auftraggeber einen Ansprechpartner für im Rahmen des Vertrages anfallende Datenschutzfragen.
  - d. Nach Ende des Vertragsverhältnisses kann der Auftraggeber die Übergabe der vertragsgegenständlichen Daten verlangen. Vergütung und Schutzmaßnahmen hierzu sind gesondert zu vereinbaren, sofern nicht im Vertrag bereits vereinbart.
  - e. Im Falle einer Inanspruchnahme des Auftraggebers durch eine betroffene Person hinsichtlich etwaiger Ansprüche nach Art. 82 DS-GVO, verpflichtet sich der Steuerberater den Auftraggeber bei der Abwehr des Anspruches im Rahmen seiner Möglichkeiten zu unterstützen.
3. Den Auftraggeber treffen im Rahmen der Auftragsverarbeitung die folgenden Pflichten:
  - a. Der Auftraggeber hat den Auftragnehmer unverzüglich und vollständig zu informieren, wenn er in den Auftragsergebnissen Fehler oder Unregelmäßigkeiten bzgl. datenschutzrechtlicher Bestimmungen feststellt.
  - b. Im Falle einer Inanspruchnahme des Auftraggebers durch eine betroffene Person hinsichtlich etwaiger Ansprüche nach Art. 82 DS-GVO, gilt § 8 Abs. 3 Nr. 2e entsprechend.
  - c. Der Auftraggeber nennt dem Auftragnehmer den Ansprechpartner für im Rahmen des Vertrages anfallende Datenschutzfragen.
4. Wendet sich eine betroffene Person mit Forderungen zur Berichtigung Löschung oder Auskunft an den Auftragnehmer, wird der Auftragnehmer die betroffene Person an den Auftraggeber verweisen, sofern eine Zuordnung an den Auftraggeber nach Angaben der betroffenen Person möglich ist und leitet den Antrag der betroffenen Person unverzüglich an den Auftraggeber weiter. Der Auftragnehmer haftet nicht, wenn das Ersuchen der betroffenen Person vom Auftraggeber nicht, nicht richtig oder nicht fristgerecht beantwortet wird.
5. Der Auftragnehmer weist dem Auftraggeber die Einhaltung der in diesem Vertrag niedergelegten Pflichten mit geeigneten Mitteln nach.
6. Sollten im Einzelfall Inspektionen durch den Auftraggeber oder einen von diesem beauftragten Prüfer erforderlich sein, werden diese zu den üblichen Geschäftszeiten ohne Störung des Betriebsablaufs nach Anmeldung unter Berücksichtigung einer angemessenen Vorlaufzeit durchgeführt. Der Auftragnehmer darf diese von der vorherigen Anmeldung mit angemessener Vorlaufzeit und von der Unterzeichnung einer Verschwiegenheitserklärung hinsichtlich der Daten anderer Kunden und der eingerichteten technischen und organisatorischen Maßnahmen abhängig machen. Sollte der durch den Auftraggeber beauftragte Prüfer in einem Wettbewerbsverhältnis zu dem Auftragnehmer stehen, hat der Auftragnehmer gegen diesen ein Einspruchsrecht. Für die Unterstützung bei der Durchführung einer Inspektion darf der Auftragnehmer eine Vergütung verlangen, wenn dies zuvor vereinbart ist. Der Aufwand einer Inspektion ist für den Auftragnehmer grundsätzlich auf einen Tag pro Kalenderjahr begrenzt.

### § 9 Bemessung der Vergütung

- (1) Der Auftraggeber wird darauf hingewiesen, dass statt der gesetzlichen Gebühren in Textform eine höhere oder niedrigere Gebühr vereinbart werden kann. (Hinweis nach § 4 Abs. 4 StBVV). Wird keine abweichende Vereinbarung getroffen, bemisst sich die Vergütung (Gebühren und Auslagensatz) des Auftragnehmers für seine Berufstätigkeit nach § 33 StBerG.
- (2) Für Tätigkeiten, die in der Vergütungsverordnung oder der Vereinbarung keine Regelung erfahren, gilt die übliche Vergütung (§ 612 Abs. 2 und § 632 Abs. 2 BGB).
- (3) Eine Aufrechnung gegenüber einem Vergütungsanspruch des Auftragnehmers ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

### § 10 Vorschuss

- (1) Für bereits entstandene und die voraussichtlich entstehenden Gebühren und Auslagen kann der Auftragnehmer einen Vorschuss fordern.
- (2) Wird der eingeforderte Vorschuss nicht gezahlt, kann der Auftragnehmer nach vorheriger Ankündigung seine weitere Tätigkeit für den



NEAG Norddeutsche Energie Invest 2 GmbH, 20457 Hamburg

---

Mandanten einstellen, bis der Vorschuss eingeht. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Absicht, die Tätigkeit einzustellen, dem Mandanten rechtzeitig bekannt zu geben, wenn dem Auftraggeber Nachteile aus einer Einstellung der Tätigkeit erwachsen können.

#### **§ 11 Beendigung des Vertrags**

(1) Der Vertrag endet durch Erfüllung der vereinbarten Leistungen, durch Ablauf der vereinbarten Laufzeit oder durch Kündigung. Der Vertrag endet nicht durch den Tod, durch den Eintritt der Geschäftsunfähigkeit des Auftraggebers oder im Falle einer Gesellschaft durch deren Auflösung.

(2) Der Vertrag kann – wenn und soweit er einen Dienstvertrag im Sinne der § 611, § 675 BGB darstellt – von jedem Vertragspartner außerordentlich nach Maßgabe des § 627 BGB gekündigt werden; die Kündigung hat schriftlich zu erfolgen. Soweit im Einzelfall hiervon abgewichen werden soll, bedarf es einer schriftlichen Vereinbarung, die gesondert zu erstellen ist und dem Auftraggeber ausgehändigt werden soll.

(3) Bei Kündigung des Vertrags durch den Auftragnehmer sind zur Vermeidung von Rechtsverlusten des Auftraggebers in jedem Fall noch diejenigen Handlungen vorzunehmen, die zumutbar sind und keinen Aufschub dulden (z. B. Fristverlängerungsantrag bei drohendem Fristablauf). Auch für diese Handlungen haftet der Auftragnehmer nach § 5.

(4) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber alles, was er zur Ausführung des Auftrags erhält oder erhalten hat und was er aus der Geschäftsbesorgung erlangt, herauszugeben. Außerdem ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber die erforderlichen Nachrichten zu geben, auf Verlangen über den Stand der Angelegenheit Auskunft zu erteilen und Rechenschaft abzulegen.

(5) Mit Beendigung des Vertrags hat der Auftraggeber dem Auftragnehmer die bei ihm zur Ausführung des Auftrags eingesetzten Datenverarbeitungsprogramme einschließlich angefertigter Kopien sowie sonstige Programmunterlagen unverzüglich herauszugeben bzw. von der Festplatte zu löschen.

(6) Nach Beendigung des Mandatsverhältnisses sind die Unterlagen beim Auftragnehmer abzuholen.

#### **§ 12 Vergütungsanspruch bei vorzeitiger Beendigung des Vertrags**

(1) Endet der Auftrag vor seiner vollständigen Ausführung, so richtet sich der Vergütungsanspruch des Auftragnehmers nach dem Gesetz. Soweit im Einzelfall hiervon abgewichen werden soll, bedarf es einer schriftlichen Vereinbarung, die gesondert zu erstellen ist und dem Auftraggeber ausgehändigt werden soll.

(2) Wird der Auftrag aus Gründen, die der Auftraggeber zu vertreten hat, vorzeitig beendet, so hat der Auftragnehmer Anspruch auf mindestens 50 v. H. der ihm für die Ausführung des gesamten Auftrags zustehenden Auftrags zustehenden Vergütung.

(3) Weitergehende Ansprüche des Auftragnehmers bleiben unberührt.

#### **§ 13 Handakten, Arbeitsergebnisse, Zurückbehaltungsrechte**

(1) Die Aufbewahrung der Handakten erfolgt beim Auftraggeber. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber etwaige Handakten nach Auftragsdurchführung zu übergeben.

(2) Zu den Handakten im Sinne dieser Vorschrift gehören alle Schriftstücke, die der Auftragnehmer aus Anlass seiner beruflichen Tätigkeit von dem Auftraggeber oder für ihn erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Briefwechsel zwischen dem Auftragnehmer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift erhalten hat, sowie für die zu internen Zwecken gefertigten Arbeitspapiere.

(3) Auf Anforderung des Auftraggebers, spätestens nach Beendigung des Auftrags, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber die Handakten innerhalb einer angemessenen Frist herauszugeben. Der Auftragnehmer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

(4) Der Auftragnehmer kann die Herausgabe seiner Arbeitsergebnisse und der Handakten verweigern, bis er wegen seiner Gebühren und Auslagen befriedigt ist. Dies gilt nicht, soweit die Zurückbehaltung nach den Umständen, insbesondere wegen verhältnismäßiger Geringfügigkeit der geschuldeten Beträge, gegen Treu und Glauben verstoßen würde. Bis zur Beseitigung vom Auftraggeber rechtzeitig geltend gemachter Mängel ist der Auftraggeber zur Zurückbehaltung eines angemessenen Teils der Vergütung berechtigt.

#### **§ 14 Information nach dem Verbraucherstreitbeilegungsgesetz**

Wir sind gesetzlich nicht verpflichtet und auch nicht freiwillig dazu bereit, an einem Streitbeilegungsverfahren teilzunehmen.

#### **§ 15 Anzuwendendes Recht und Erfüllungsort**

(1) Für den Auftrag, seine Ausführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

(2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Auftragnehmers, wenn der Auftraggeber Kaufmann ist.

#### **§ 16 Wirksamkeit bei Teilnichtigkeit, Änderungen und Ergänzungen**

(1) Falls einzelne Bestimmungen dieser Auftragsbedingungen unwirksam sein oder werden sollten, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine gültige zu ersetzen, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt.

(2) Änderungen und Ergänzungen dieser Auftragsbedingungen bedürfen der Schriftform.